



Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien  
Department of Development Studies, University of Vienna

# ieXperiments

Globale Ungleichheit.

Ein Interview mit Margarete Grandner

Interviewtranskription

Alexandra Heis, Cornelia Staritz, Johannes Knierzinger



With the ieXperiments series, the Department of Development Studies seeks to create a forum for creative writing, reflection, and critique. We are happy to accept contributions such as reviews, essays, conference and workshop reports, interviews, self-reflective insights into or about research and teaching, as well as critical opinions and reactions to current and societally relevant topics in development research. Through this open forum, we hope to expand the range of expressive and representational formats by encouraging creative, free, visually oriented, multi-lingual, and other forms of experimental writing.

Editorial team: Antje Daniel, Judith Ehlert, Alexander Hass, Alexandra Heis, Johannes Knierzinger, Natalie Luftensteiner, Cornelia Staritz  
E-mail: [workingpaper.ie@univie.ac.at](mailto:workingpaper.ie@univie.ac.at)

---

## **Globale Ungleichheit.**

### **Ein Interview mit Margarete Grandner**

Alexandra Heis, Cornelia Staritz, und Johannes Knierzinger

#### **Anmerkung**

Ohne Margarete ‚Meggi‘ Grandner gäbe es kein Institut für Internationale Entwicklung wie wir es heute kennen. Die österreichische Entwicklungsforschung wäre um einiges ärmer und unkritischer ohne sie. Das sind keine Forschungshypothesen, sondern ewige, unumstößliche Wahrheiten. Leider wird Meggi ihr Büro an unserem Institut diesen Herbst verlassen. Das ist eine Arbeitshypothese: Wer weiß, was bis dahin und danach passiert. Nicht nur deshalb haben wir ihr noch schnell ein paar Fragen gestellt, die uns gerade so umtreiben. Diese Fragen beziehen sich unter anderem auf ihr neuestes Buch:

Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hg.) (2019): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum.

**Keywords:** Soziale Ungleichheit, Intersektionalität, Materialismus, Staatstheorie, Akteurszentrierte Forschung

**Autor\*inneninformation:** Margarete Grandner war Professorin für Geschichte und Entwicklung am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien bis März 2021. Das Interview wurde von Alexandra Heis, Cornelia Staritz, und Johannes Knierzinger, jeweils Universitätsassistentin (prae doc), Assistenzprofessur Entwicklungsökonomie, und Senior Lecturer am Institut für Internationale Entwicklung, konzipiert, und von Johannes Knierzinger geführt. Das Interview wurde von Alexander Hass, Natalie Luftensteiner, und Signe Moe transkribiert und von Alexander Hass fertiggestellt.

**Kontakt:** [workingpaper.ie@univie.ac.at](mailto:workingpaper.ie@univie.ac.at)

## Interviewtranskript

*Johannes Knierzinger (JK):* Danke, dass du dir Zeit genommen hast für dieses Interview. Im letzten Jahr ist das Buch *Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch* beim Mandelbaum Verlag erschienen, herausgegeben von dir und Karin Fischer. Ungleichheit hat in den letzten Jahren verstärkt mediale Aufmerksamkeit erfahren, aber der Fokus liegt auf nationaler Ungleichheit. Warum also ein Buch zu globaler Ungleichheit?

*Margarete Grandner (MG):* Der Grund ist genau das, was du schon angeführt hast. Dass eben der Fokus meistens auf der nationalen Dimension liegt, dass aber die globale Ungleichheit ein ganz wesentlicher Aspekt ist, der aus der Sicht der Internationalen Entwicklung logischerweise weiter analysiert werden muss. Ich glaube, das ist relativ banal. Die globale Ungleichheit ist etwas, das nicht zu übersehen ist, was aber andererseits durch bestimmte Aspekte unseres Alltags immer in den Hintergrund verschoben wird. Auch die Tatsache, dass Statistiken auf nationalem Niveau wesentlich leichter erreichbar sind als andere und vermutlich auch verlässlicher sind, ist da ein Grund. Aber dass Ungleichheit an nationalen Grenzen nicht Halt macht und durch dieses Überschreiten der Grenzen noch an weiteren Aspekten hinzugewinnt, ist glaube ich ganz klar aus der Sicht der Internationalen Entwicklung, und auch aus meiner Sicht als Historikerin.

*JK:* Im Sammelband ist auch der Begriff der Intersektionalität sehr präsent und dieser hat auch einen hohen Stellenwert am Institut für Internationale Entwicklung (IE) in Lehre und Forschung. Wir haben dazu zwei Fragen formuliert, die mit einander kommunizieren. Von der einen Seite: Wie können aus deiner Sicht strukturalistische und akteurszentrierte Perspektiven auf theoretischer Ebene, vor allem aus dem Blickwinkel der Geschichtswissenschaft, miteinander ins Gespräch gebracht werden? Und von der anderen Seite: Ist deiner Meinung nach noch etwas von der Marxschen Debatte über „Haupt- und Nebenwiderspruch“ übrig oder ist materielle Ungleichheit mittlerweile schlicht eine von vielen anderen Ungleichheiten?

*MG:* Das sind sehr unterschiedliche Fragen. Die erste Frage ist aus Sicht der Historiker\*innen sehr klar zu beantworten, würde ich glauben, auch wenn es in den letzten Jahrzehnten auch hier Diskussionen in der Geschichtswissenschaft gegeben hat. Das wichtigste für Historiker\*innen, und das würde ich auch für meine Arbeit an der IE in den Vordergrund stellen, sind die Akteur\*innen. Es ist aber überhaupt nicht zu leugnen bzw. wäre töricht zu behaupten, dass diese Akteur\*innen frei von strukturellen Zwängen wären. D.h. die Akteursebene ist völlig unlösbar mit der Strukturebene verbunden und es ist nicht möglich auf diese Strukturebene zu verzichten. Der Punkt aus Historikersicht, meiner Sicht, ist der Zugang über die Akteursebene. Aber in dem Augenblick des gefundenen Zuganges ist die Struktur da, und das ist überhaupt nicht zu leugnen. Wenn ich mal kurz fantasieren darf: Wenn man von Strukturen ausgeht, sozusagen den Zugang über Strukturen finden will, würde man die Akteur\*innen natürlich danach auch in

den Blick bekommen. Aber die strukturellen Bedingungen, die man erkennt oder zu erkennen glaubt, wären dann im Vordergrund. Für mich ist das umgekehrt. Dazu kommt, dass Strukturen in der Sozialwissenschaft so etwas haben wie Verfestigung: ein Leben jenseits der Akteur\*innen. Aber für Historiker\*innen, oder zumindest für mich, sind die Strukturen gemacht und das ist ihr wesentliches Charakteristikum. Das heißt auch, dass Akteur\*innen an der Erzeugung von Strukturen beteiligt sind, in der Vergangenheit und auch jetzt, in jedem Moment. D.h. das ist sozusagen für mich eine Frage des Zugangs und des Gesichtspunkts. Wenn man von den Strukturen ausgeht, würde ich glauben, dass die Strukturen Akteur\*innen leichter zudecken als Akteur\*innen die Strukturen. Das ist der wesentliche Vorteil, wenn man bei den Akteur\*innen ansetzt. Strukturgeleitete Theorien, die Akteur\*innen überhaupt nicht wahrnehmen wollen, die quasi von über den Köpfen der Menschen schwebenden Dingen reden wollen, erlangen quasi Gesetzesstatus und stellen Strukturen als relativ unveränderbar dar.

*JK:* Vielleicht hier ganz kurz noch der Bezug zu Marx, der ja auch für deine Arbeit eine Rolle spielt. In der Einleitung des Sammelbandes schreibt ihr an einer Stelle mit Verweis auf Marx, dass es Dinge gibt, die sich hinter dem Rücken der Menschen abspielen. Also da haben wir diese Strukturen die, wenn man das so interpretieren kann, sich manifestieren, ohne dass die Leute das bewusst wahrnehmen. Und dann gibt es eine Stelle und ich glaube die ist gar nicht so weit entfernt, da schreibt ihr, dass globale Ungleichheit den Akteur\*innen bewusst sein muss, sonst ist sie nicht relevant. Das ist eine Diskussion, die es auch in der Politikwissenschaft gibt. Also wir sehen uns zuerst an, wo gibt es Konflikte und dort beginnen wir mit unserer Forschung. Aber kann es da nicht sein, dass man Dinge übersieht, gerade wenn die Betonung aus der kritischen marxistischen Tradition heraus vorhanden ist, dass es Dinge gibt, die sich hinter unserem Rücken abspielen?

*MG:* Ich denke schon, dass das Bewusstsein der Ungleichheit das Entscheidende ist, aber ich würde die marxistische Position auch nicht so interpretieren, dass es etwas gibt, das sich hinter dem Rücken der Menschen abspielt. Das steht bei Marx, das weiß ich schon. Aber der springende Punkt ist ja, dass man das erkennt. Aus marxistischer Sicht relevant ist diese Tatsache, dass sich etwas hinter dem Rücken abspielt insofern, als man sich dieser Tatsache bewusst werden kann.

*JK:* Und wir fangen in dem Moment an zu reflektieren und zu analysieren, wo sich die Leute umdrehen?

*MG:* Ja.

*JK:* Okay. Jetzt zum zweiten Teil der Frage: Ist materielle Ungleichheit eine von vielen oder ist sie wichtiger als andere? Es ist diese alte Idee, die man größtenteils aufgegeben hat: Wenn wir den Hauptwiderspruch lösen, werden sich auch alle Nebenwidersprüche in Luft auflösen. Ist davon etwas übrig? Gibt es da noch eine Hierarchie?

*MG:* Ist das jetzt die andere Frage zur Intersektionalität?

*JK:* Ja.

*MG:* Auch an das Konzept der Intersektionalität gehe ich meist historisch heran. Relevant ist in diesem Zusammenhang unter anderem, wie sich diese Diskussion um Intersektionalität entwickelt hat. Die häufigste Erzählung ist hier die Geschichte mit der amerikanischen Juristin, die schwarze feministische Positionen einbringt und so weiter und so fort. Wir haben in letzter Zeit im Erasmus-Mundus-Programm „Global Studies: A European Perspective“ sehr viele Studierende, die sich da sehr stark engagieren und intersektionale Herangehensweisen einfordern. Wenn man mit ihnen diskutiert, fordern sie momentan meist die Beachtung rassistischer Ungleichheit. Ich sehe eigentlich bei den Diskussionen mit den Studierenden hier momentan keine wirkliche intersektionale Zugangsweise. Ich sage das, weil ich das in der Intersektionalitätsdiskussion seit langem beobachte. Der Begriff Intersektionalität transportiert eigentlich die Forderung, unterbelichtete Aspekte der Diskussion herauszustreichen, was ja vollkommen legitim ist. Aber damit wird glaube ich noch nicht das – zumindest implizit – angepeilte Ziel einer Intersektion von verschiedenen Ungleichheitsdimensionen erreicht. In der frühen Diskussion wurde auch schon die feministische Position im Zusammenhang mit Rasse diskutiert. Es ging um schwarze Feminist\*innen. Aber in Wirklichkeit war die Diskussion über den feministischen Standpunkt wesentlich stärker als alles andere. Das ist auch klar und um noch einmal darauf hinzuweisen, das war eine Diskussion, die von Jurist\*innen angestoßen worden ist. Und das ist ein Geburtsmerkmal dieser Diskussion, das diese immer noch mitbestimmt. Jurist\*innen teilen die Gesellschaft sehr strikt auf. Und sie tendieren dazu, müssen dazu tendieren, zu vermeiden, die unklaren Stellen wirklich zu besprechen oder zu benennen.

*JK:* Weil es dann schwieriger wird, Urteile zu fällen?

*MG:* Ja, unter anderem. Aber ich bin vom Thema abgekommen. Mir ist in den 2000er Jahren immer wieder aufgefallen, dass so etwas wie Klasse überhaupt nicht mehr vorkommt. Alles andere schien Ungleichheit stärker zu bestimmen als materielle Aspekte. Was, wenn man genauer hinschaut, eine Absage an den Materialismus überhaupt war. Eine kulturalistische Wende, die schon, würde ich sagen, implizit eine antimaterialistische Stoßrichtung hat. Und das ist erstens Anfang der 2000er Jahre nicht zeitgemäß gewesen, weil materielle Unterschiede sehr stark gewachsen sind – und wenn sie nicht gewachsen sind, dann haben sie sich doch deutlich verändert in dieser Zeit. Und die Situation seit den 1970er Jahren, seit der großen Wirtschaftskrise der 1970er Jahre, musste eigentlich jedem vor Augen führen, dass eine Diskussion, die diesen Aspekt, diesen Gesichtspunkt der materiellen Ungleichheit außer Acht lässt, sehr schnell an Grenzen stößt. Gegenwärtig habe ich aber das Gefühl, dass diese Außerachtlassung von Klasse im Gegensatz zu Geschlecht oder Rasse, um nur die drei Wichtigsten zu nennen, die immer in der Diskussion auftauchen, dass diese Untergewichtung

von Klasse ein bisschen schwächer wird. Das heißt Klasse wird wieder stärker in die Analyse miteinbezogen. Es war schon schlimmer, sozusagen.

*JK:* Hier wäre jetzt Platz für eine Werbeeinschaltung. Es gibt zu diesem Thema auch einen Beitrag im Buch, wo die von dir erwähnte Geschichte aufgerollt wird. Zudem wird auch die Diskussion nachgezeichnet, auf die du gerade eingegangen bist. Ich hätte jetzt noch eine Frage, die eine ähnliche Logik hat. Es geht um den Nationalstaat. Ihr schreibt in der Einleitung des Buchs auch, dass der Nationalstaat selbst einer der stärksten Ungleichheitsmacher ist. Oft wird der Nationalstaat ja genau entgegengesetzt verstanden, als Ungleichheitsreduzierer, vor allem in der Tradition des Keynesianismus. Ist der Staat jetzt ein Ungleichheitsmacher oder Ungleichheitsreduzierer? Und damit möglicherweise verbunden: Ist der Staat auch nur mehr ein „primus inter pares“ (ein „Erster unter Gleichen“), der vom Kapital unterminiert wird? Oder laufen die gesellschaftlichen Netzwerke und Machtbeziehungen immer noch im Staat zusammen?

*MG:* Ich bin der Ansicht, dass der Staat weniger wichtig wird, aber bei weitem noch nicht wenig wichtig ist. Wir sind in einer Übergangsphase, würde ich sagen, die in diese Richtung geht, sich aber natürlich auch jederzeit umkehren kann. Gleichzeitig wurde der Staat in der Phase seit dem Zweiten Weltkrieg immer mehr zu einem Unterstützer des Kapitals. Der springende Punkt ist, ob er seine eigene Position dabei verlieren oder graduell einbüßen kann. Solche Entwicklungsphasen hat es schon gegeben. Und gegenwärtig ist diese Entwicklung auch schon schwächer als sie schon einmal war. Es war aus meiner Ansicht deutlich verfrüht im Zusammenhang mit den Globalisierungsdebatten von einem Verschwinden des Staates zu sprechen – schon allein deshalb, weil das Kapital den Staat braucht und brauchen kann. Ob man das jetzt von der Seite oder von der anderen Seite betrachtet, ist eine Geschmackssache. Aber Tatsache bleibt aus meiner Sicht, dass der Staat gegenüber, sagen wir den 1950er Jahren, geschwächt ist, aber keineswegs schwach.

*JK:* Hat sich damit auch seine Rolle in Bezug auf Ungleichheit gewandelt? Ist der starke Staat auch eingetreten für mehr Gleichheit? Und ist der schwache Staat ein Ungleichheitsmacher geworden?

*MG:* Bitte immer im Komparativ: Der stärkere und der schwächere Staat, nicht der starke und der schwache. Ich glaube der stärkere Staat in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zusammen mit Wirtschaft und Kapital sehr gute Gründe die Ungleichheit zu verringern. Das hängt ganz fundamental mit der Schaffung von Sozialversicherungen und sozialen Netzen zusammen, die wie verschiedene ökonomische und politikwissenschaftliche Strömungen auch argumentieren, ganz wesentlich und funktional für die wirtschaftliche Entwicklung waren. Diese Umstände, dieser Kontext hat sich gewandelt, darüber kann man viel reden. Ganz wesentlich ist hier jedenfalls die Stützung des Konsums. Für die Verwandlung der Gesellschaft von einer Produzent\*innen- in eine Konsument\*innengesellschaft waren die

ungleichheitsverringenden Maßnahmen ganz ausschlaggebend. Jetzt sind die nicht mehr so wichtig, obwohl ich schon gespannt bin, wie sich das entwickeln wird. Die soziale Absicherung ist für die ökonomische Struktur nicht mehr so wichtig, aber der Konsum ist es nach wie vor. Diese Frage müsste ich an dich zurückgeben. Ich glaube eine größere Ungleichheit kann man ohne Weiteres in Kauf nehmen, wenn die Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals nicht mehr die gleichen sind.

*JK:* Du hast viel mit Gewerkschaften gearbeitet. Inwieweit müssen Gewerkschaften ihre Strategien ändern oder nicht, im Kontext von globaler Ungleichheit und Globalisierung?

*MG:* Die Geschichte der Gewerkschaften ist ja in Wirklichkeit, literarisch richtig ausgedrückt, eine Satire. Der Ausgangspunkt der Gewerkschaften ist die Internationalität, die Solidarität über Grenzen hinweg. Weil es natürlich für Arbeiter und Arbeiterinnen der frühen Arbeiterbewegung seit den 1790er Jahren klar ist, dass sich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen nicht innerhalb des Staates allein bestimmen. Die Entwicklung der Gewerkschaften – und vor allem der mächtigen und organisierten Gewerkschaftsorganisationen bis zu den internationalen Organisationen, also den Zusammenschlüssen der Gewerkschaften – ist sehr, sehr schnell auf ein anderes Gleis gekommen. Ich würde sagen, das war der Wiederaufschwung nach 1873. In dieser Phase haben sich die Gewerkschaften einrichten können, in großem Maße auch einrichten müssen, innerhalb der genau zu diesem Zeitpunkt sich wirklich fest etablierenden Nationalstaaten. Das schaut aus österreichischer Sicht ein bisschen komisch aus, weil der Nationalstaat erst später entsteht, aber das passiert in dieser Zeit. Und das passiert in den allermeisten Ländern so, während die internationalistischen Strömungen in den Gewerkschaftsorganisationen der einzelnen Länder sehr stark zurückgehen. Sie werden schwächer, sowohl in Bezug auf ihre Vehemenz als auch hinsichtlich der Plausibilität ihrer Argumentation. Die heutige Situation – das kann man im Band auch bei Marcel van der Linden lesen – ist eine, die eigentlich den Gewerkschaften nie hätte passieren dürfen. Weil sie mit großen Schmerzen etwas wieder aufnehmen mussten, was ein wichtiger Bestandteil ihres ursprünglichen Zwecks war. Das ist sehr schwierig aber unausweichlich. Ich denke, dass es durchaus Initiativen gibt, sowohl von Seiten der großen internationalen Organisationen als auch von den großen nationalstaatlichen Gewerkschaftsbewegungen. Für mich ist in diesem Zusammenhang noch immer ein bisschen unklar, wie die Gewerkschaften mit den Konsument\*innen umgehen. Da dieses kapitalistische System mittlerweile darauf beruht, dass wir ununterbrochen Dinge kaufen, die wir mit Sicherheit nicht brauchen und die nicht nur hinter unserem Rücken unsinnig sind, sondern vor unseren Augen, ist das eine sehr, sehr schwierige Sache. Ist es wichtig den Leuten zu sagen, dass sie das nicht brauchen und dass sie dann ihren Arbeitsplatz verlieren? Ich habe das natürlich alles verkürzt dargestellt. Aber der Konsum ist aus meiner Sicht heute der springende Punkt.

*JK:* Der Sammelband nimmt auch Bezug auf die Klimagerechtigkeit und die Notwendigkeit einer sozialökologischen Transformation. Anke Schaffarzik, Anna Tittor, Maria Backhouse



und Martina Neuburger haben zu diesem Thema einen Beitrag im Sammelband geschrieben. Mittlerweile gibt es Expert\*innen aller Couleur, von Neoliberalen bis Marxist\*innen, die die Rolle der demokratischen Mitbestimmung kritisch sehen, vor allem wenn man von einer starken sozialökologischen Wende spricht. Einige sagen sogar offen, dass demokratische Mitbestimmung verringert werden muss, um die Klimakrise zu meistern. Wie siehst du das?

*MG:* Ich würde zunächst unser Verständnis von demokratischer Mitbestimmung hinterfragen und insofern die Frage ein bisschen anders formulieren. Demokratische Mitbestimmung muss unter dem Gesichtspunkt der gegebenen Beeinflussung der Medien und diverser anderer Dinge, die das Leben heute bestimmen, analysiert werden. Das zweite, was bei diesen Kritiker\*innen der Demokratie in Bezug auf die Klimapolitik eine Rolle spielt, ist glaube ich die Frage der Expert\*innen. Es gibt Leute, die sich in diesem Feld besonders gut auskennen oder sich auszukennen glauben und die sozusagen das Wort haben. Wenn man das aus der Sicht einer demokratischen Mitbestimmung sieht, dann muss man sich fragen, warum diese Expert\*innen in der Kommunikation nicht einen entsprechenden Platz haben, der ihnen ermöglichen würde, vermutlich sehr wichtige und starke Argumente in diese Kommunikation einzubringen. Und das betrifft einen ganz anderen Teil des Zusammenhangs. Nämlich die Medien und die Lenkung der Medien, die, glaube ich, hier mitdiskutiert werden muss. Aber die Mitbestimmung der Menschen, die betroffen sind vom Klimawandel oder um Klimakatastrophen zu verringern – das ist wohl ein bisschen prekär, so zu argumentieren. Also dem würde ich keinesfalls zustimmen, aber gleichzeitig eben die Diskussion in die andere Richtung aufmachen. Was hier fehlt, ist die Art in der diese Mitbestimmung ermöglicht wird, in der sie gemacht wird. Das beginnt beim Bildungswesen und nicht erst bei Facebook. Man muss demokratische Mitbestimmung auch nähren, um sie sinnvoll zu ermöglichen. Expertokratie ist etwas, das ziemlich gefährlich ist, in meinen Augen.

*JK:* Um das zusammenzufassen: Du hast am Anfang schon gesagt, es sollte mehr Platz geben für Leute, die sich auskennen mit der Klimafrage. Und die andere Sache finde ich ziemlich klar, und da ist es anscheinend wirklich schwierig etwas zu ändern: Die Medienlandschaft und insgesamt das Bildungssystem muss sich viel stärker diesem Thema widmen als es bisher passiert. Habe ich das richtig interpretiert?

*MG:* Ja, dem stimme ich voll zu.

*JK:* Und die Expert\*innen, wie soll man die stärker einbinden, wenn man jetzt nicht nur von Medien und nicht nur von Bildung spricht? Könnte man sagen, ein Gesundheitsminister sollte schon was von Gesundheit verstehen und ein Arbeitsminister auch etwas von Arbeit, auch im Sinne einer fundierten Ausbildung die damit einhergeht?

*MG:* Das ist sicherlich nicht schlecht, aber es reicht nicht. Es kommt ja ganz wesentlich darauf an, welchen Stellenwert man in der Vergesellschaftung den Expert\*innen zubilligt. Das ist eine

Sache, die über Jahrzehnte und Jahrhunderte intensivst diskutiert wurde und sich momentan wieder in einer bestimmten Phase befindet. Ich bin zum Beispiel der Ansicht – obwohl ich nur Widerspruch dazu bekomme – dass die Expert\*innen in der jetzigen Pandemie miserabel abschneiden. Sie können nicht vermitteln, was ihr Wissen ist, was natürlich zur Folge hat, dass dieses Wissen wenig glaubhaft erscheint. Meine Befürchtung ist ja, dass dieses Wissen auch wenig glaubhaft ist. Und dazu kommen halt die ganz oberflächlichen Kommunikationsstrategien, die derzeit dominieren. Das ist in meinen Augen eine Katastrophe, weil sie bestimmte Kanäle für Expert\*innen praktisch monopolisieren und den Rest nicht. Diese neuen Medien darf man meiner Ansicht nach abschaffen, da bin ich gegen demokratische Vorgangsweisen. Obnoxious media: Wozu das Ganze, wenn nichts dabei rauskommt? Ich habe noch nicht erlebt, dass das irgendeinen für mich erkennbaren demokratisch oder wissenschaftlich positiven Wert hätte.

*JK:* Du hast schon wieder zur nächsten Frage übergeleitet, ohne sie zu kennen. Unsere Frage geht aber wieder ein bisschen in Richtung Geschichte. Du hast vor Kurzem in einem Gespräch erwähnt, dass die heutige Pandemie viel zu wenig mit historischen Krisen verglichen wird. Ein Effekt, den man sich da rausgreifen könnte, weil wir uns ja gerade mit diesem Buch beschäftigen, ist Ungleichheit. Viele Krisen haben Ungleichheit verstärkt, zumindest kurzfristig, so wie die jetzige. Die Ungleichheit ist, das könnte man glaube ich schon sagen, sprunghaft angestiegen in den letzten Monaten. Manche argumentieren aber, dass solche Pandemien in der *longue durée* auch einen Ungleichheit verringernden Effekt haben können. Im Falle der Pest wird das oft so dargestellt. Was sagst du dazu?

*MG:* Ein bisschen ironisch: Diese Gleichheitstendenzen nach den Pestzügen, wie du sie geschildert hast, sind natürlich festzustellen und es gibt dazu ganz große Theorien und dicke Bücher. Der Punkt ist, dass diese Gleichheitstendenz erkaufte wird durch den Tod der Armen. Die müssen vorher sterben. Aber das ist schon richtig – und man muss es satirisch ausdrücken – es ist ein Aspekt, der durchaus jetzt auch hin und wieder an meine Ohren gedrungen ist: Man kann die Alten ruhig sterben lassen, dann haben die Jungen mehr zu reden. Stimmt natürlich, aber abgesehen vom Zynismus ist das ein sehr kurzfristiges Argument. Ich glaube in den Diskussionen muss man sehr stark unterscheiden zwischen den Folgen von Gesundheitskrisen, und den unmittelbaren Folgen für die Menschen. Es kann schon sein, dass die Krise 2020 im Jahr 2025 positive Folgen auf jüngere Kohorten der österreichischen Gesellschaft hat, und ich wünsche mir das auch, aber das ist momentan nicht zu erkennen. Solche Krisen hatten auch historisch immer ambivalente langfristige Konsequenzen. Die großen Seuchenzüge während und nach dem 30-jährigen Krieg führen zu einer Etablierung der kapitalistischen Finanzwirtschaft. Ohne die Verschiebungen der Vermögen in dieser Zeit, die kolossal waren, wären gewisse gesellschaftliche Experimente nicht möglich gewesen. Und diese Experimente haben auf lange Frist zu großer Ungleichheit geführt. Ich denke hier vor allem an England.

*JK:* Welchen politischen Wandel erkennst du in der heutigen Krise, wenn es einen gibt, in Bezug auf Globalisierung und Ungleichheit? Und was wären zentrale politische Forderungen, die sich daraus ergeben? An wen würden sich diese Forderungen richten, welche Akteur\*innen sind jetzt angesprochen?

*MG:* Wir haben im Buch ja mehrere solche Ansätze, die das konkret aufgreifen. Es ist sicher nicht erschöpfend, aber einige wichtige Punkte: Das eine ist eine grundlegende – und vermutlich auch nur schwer durchsetzbare, weil es an die Grundlagen des jetzigen kapitalistischen Wirtschaftssystems geht – Regulierung der Finanzwirtschaft. Es ist offensichtlich, dass das katastrophale Folgen haben kann und sehr oft hat. Das zweite ist mit Sicherheit die Natur, der Umgang mit der Natur, die Überwindung eines Verhältnisses zur Natur, das ausschließlich instrumentell ist, aber auch gleichzeitig diesen Romantizismus, der immer noch vorhanden ist ein bisschen überwindet. Der Versuch etwa, das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft so zu deuten wie eines zwischen Mutter und Kind, ist nicht schlau. Hier könnte man meiner Ansicht nach durchaus weiterdenken und arbeiten. Und drittens – und ich sage es jetzt zum Schluss, obwohl das für mich früher kommt: Die Art wie gearbeitet wird. Arbeiten muss jede\*r, um sich zu ernähren oder sich am Leben zu halten, aber was das bedeutet, das hat auch etwas mit Instrumentalisierung zu tun. Diese Dinge sind neu zu denken, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, die ja in weitesten Bereichen noch immer eine Mechanisierung ist. Man kann das nicht den Leuten überlassen, die zugleich und vor allem ihren Profit oder ihr Einkommen damit verdienen wollen. Das ist glaube ich selbstmörderisch.

*JK:* Sprichst du hier von Wirtschaftsdemokratie?

*MG:* Kann man schon so sehen. Du weißt, ich bin ein bisschen kritisch gegenüber Demokratiediskussionen, so wie sie geführt werden. Wenn Demokratie nicht mehr bedeutet als dass ich wählen gehen darf, oder mich im besten Fall noch in einer Partei zu engagieren, was auch vielen Leuten nicht möglich ist, dann ist das zu wenig. Das erreicht die Leute nicht. Das ist zwar, und ich bin mir dessen bewusst, ein bisschen romantisch – da versuche ich mich immer davon abzugrenzen – aber das ist ganz einfach so unbefriedigend, selbst für mich, die ich sicherlich in dieser Hinsicht recht privilegiert bin. Die Ergebnisse sind so miserabel. Selbst wenn man ein schlichter Utilitarist ist, kann man das nicht machen.

*JK:* Vielen Dank für das Interview.

*MG:* Ich bedanke mich ebenfalls.